

Die WTO gerät unter Druck

Sleepless in Seattle

Unmittelbar vor Erscheinen dieser forum-Ausgabe fand vom 30. November bis 3. Dezember in der nordwestlichen US-Metropole Seattle die dritte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) statt. Über 5000 Delegierte aus den 135 Mitgliedsländern kamen zusammen, um eine Verhandlungsagenda für die neunte Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des Welthandels zu beschließen. Eine ruhige Veranstaltung konnte aber schon im Vorfeld ausgeschlossen werden. Zehntausende Gegner des Freihandels, Gewerkschaften, Umweltschützer, Bürgerrechtsgruppen, Bauernorganisationen und Anarchisten aus der ganzen Welt hatten zum Marsch auf Seattle aufgerufen, um Veränderungen im Welthandelssystem einzuklagen. Jost Wagner, WTO-Berater des Luxemburger Europaabgeordneten Claude Turmes und Beobachter der Seattle-Konferenz, beschreibt im vorliegenden Beitrag, warum Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten den Verhandlungsdelegationen in Seattle den Schlaf rauben wollten.

Was treibt Tausende von Menschen zu dieser ungemütlichen Jahreszeit in die Heimat der Wirtschaftsgiganten Microsoft und Boeing? Für die meisten Demonstranten stellt die WTO eine Gefahr für Umwelt, Demokratie und Entwicklung dar. Über 1200 Organisationen aus mittlerweile 87 Ländern haben sich hinter einem Aufruf versammelt, der einen Stopp für weitere Verhandlungen über Liberalisierungen fordert. Statt dessen soll eine umfassende Evaluierung der WTO und der bisherigen Ergebnisse der Liberalisierungsmaßnahmen unter sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Ein Ergebnis ist jedoch für die Kritiker bereits klar: In ihrer jetzigen Form ist die WTO und das Welthandelssystem nicht zukunftsfähig.

Beispiel Demokratie

Zwar wirkt die Welthandelsorganisation auf den ersten Blick wie eine demokratische Organisation, da zwei Drittel ihrer Mitglieder aus den Entwicklungsländern stammen, jedes Land eine Stimme besitzt und die Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Doch die treibenden Kräfte in der WTO sind die vier sogenannten

Quad-Länder: USA, EU, Japan und die USA. So kommt die Ablehnung eines Vorschlages durch die Quad de-facto einem Veto gleich. Gravierender ist wahrscheinlich noch die Schwierigkeit vor allem kleiner Entwicklungsländer angemessen an den zahlreichen Ausschüssen, Unterausschüssen und Arbeitsgruppen zu partizipieren. Viele Länder haben für parallel laufende Treffen nicht ausreichend kompetentes Personal. Über 20 Mitgliedsstaaten besitzen noch nicht einmal eine eigene Vertretung beim WTO-Sitz in Genf. Der Mangel an Personal und finanziellen Ressourcen macht sich für die armen Länder aber vor allem bei Klagen vor dem Streitschlichtungsorgan der WTO bemerkbar. Entwicklungsländer können sich kaum die oft über zwei Jahre dauernden Streitschlichtungsverfahren leisten. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass fast alle Klagen von Industrie- oder Schwellenländern eingereicht wurden. Die Entscheidungen eines Streitschlichtungspanels sind zudem verbindlich und es können Sanktionsmassnahmen bei Nichtbefolgung verhängt werden. Die WTO kann damit nationale Gesetze und die Politik demokratisch gewählter Regierungen aushebeln, falls diese nicht den WTO-Regeln entsprechen. Es wäre

**Die WTO :
„ein stiller, in
Zeitlupe
ablaufender,
weltweiter
Staatsstreich
gegen demo-
kratische und
verantwortliche
Politik-
gestaltung“.**

als selbstverständlich anzusehen, dass die oft weitreichenden Entscheidungen der WTO von nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft kontrolliert werden, aber diese werden in der Regel erst am Ende von Verhandlungen informiert. Sie können also das Verhandlungsergebnis nur noch insgesamt annehmen oder ablehnen. Die Parlamentarier können somit keinen wirksamen Einfluss auf die Formulierung von Verhandlungspositionen und auf den Verhandlungsprozess nehmen. Diesen Part scheinen teilweise die Lobbyorganisationen grosser Konzerne, wie der Transatlantic Business Dialogue, die Internationale Handelskammer und die Europäische Arbeitgeberorganisation (UNICE) übernommen zu haben. Die Unternehmensverbände sind eng an der Ausformulierung der Verhandlungsagenda für Seattle beteiligt. So nahmen z.B. an der WTO-Tagung des Transatlantic Business Dialog Ende Oktober neben zahlreichen Spitzenbeamten aus den USA und der EU, die beiden EU-Kommissare Lamy (Handel) und Liikanen (Unternehmen) sowie der Staatssekretär im US-Handelsministerium William Daley teil. Selbst der neue Generalsekretär der WTO, Mike Moore, machte den über 120 Unternehmenschefs seine Aufwartung. Kritiker des bestehenden Welthandelssystems haben die Nähe der Wirtschaft zu den Verhandlungsdelegationen scharf verurteilt. Die US-amerikanische Handelsjuristin und Direktorin der US-amerikanischen Verbraucherschutzkampagne Tradewatch hat in diesem Zusammenhang die Bilanz der WTO als „einen stillen, in Zeitlupe ablaufenden, weltweiten Staatsstreich gegen demokratische und verantwortliche Politikgestaltung“ bezeichnet.

Beispiel Umwelt- und Verbraucherschutz

Gerade die Umweltschützer ziehen eine negative Bilanz der ersten fünf Jahre der WTO. Zum einen liegt das am steigenden Ressourcen- und Energieverbrauch durch das mit dem Freihandel verbundenen Wachstum des Welthandelsvolumen. Aber auch die Entscheidungen des Streitschlichtungsverfahrens haben die Umwelt- und Verbraucherverbände aufschrecken lassen.

So hat das WTO-Schiedsgericht, dessen Entscheidungen sich über nationale Gesetze hinwegsetzen kann und auch handelsrelevante internationale Umweltabkommen, wie z.B. das Artenschutzabkommen und das Klimaschutzprotokoll unterminieren könnte, stets für den



Freihandel und gegen die Umwelt entschieden: Ein US-amerikanisches Gesetz, welches bei der Benzinherstellung strengere Umweltauflagen vorsieht, wurde von der WTO als diskriminierend angesehen und für ungültig erklärt. Auch eine nationale Importbeschränkung der USA für Garnelen, die ohne Rücksicht auf die vom Aussterben bedrohten Meeresschildkröten gefangen wurden, wurde vom WTO-Schiedsgericht für unzulässig erklärt. Zur Zeit ist auch das Asbestverbot, das in vielen EU-Ländern, darunter Luxemburg, existiert, durch eine Klage Kanadas bei der WTO gefährdet. Die Entscheidung der WTO, das EU-Importverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch nach Klage der USA und Kanada als nicht WTO-konform zu erklären, beweist zudem, dass das Vorsorgeprinzip und damit der Verbraucherschutz bei der WTO gefährdet ist.

Neuester Angriff auf die Umwelt: Die Länder des Asien-Pazifik-Forums für wirtschaftliche Zusammenarbeit planen für Seattle in acht verschiedenen Sektoren beschleunigte Zollreduzie-

Illustration: M. Pinn,
(Financial Times,
10.11.99)

Wenn es um die eigenen Interessen geht, sind die Industrieländer gar nicht so freihandelsorientiert.

rungen, darunter auch beim Handel mit Holzprodukten. Dieser Vorschlag wird vor allem von den Vereinigten Staaten unterstützt. Selbst Vertreter der Holzindustrie, wie der finnische Holzmulti Jarkko Pöyry, geben zu, dass dadurch der weltweite Verbrauch an Holz um 3% zunehmen könnte und damit auch der Verlust an naturbelassenen Wäldern. Zudem könnte das Instrument der Zertifizierung von Holzprodukten, die aus einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung kommen, als unerlaubtes Handelshemmnis angegriffen werden.

Nord gegen Süd?

Wenn es um die eigenen Interessen geht, sind die Industrieländer gar nicht so freihandelsorientiert. Dies zeigt sich in aller Deutlichkeit in den Bereichen Textil und Landwirtschaft. Für die Entwicklungsländer sind weitere Liberalisierungen im Agrarsektor wichtig, um einen verbesserten Zugang zu den hoch geschützten Märkten der Industrieländer zu erhalten. Die EU wünscht wohl aus diesem Grund eine umfassende Verhandlungsrunde, wo alle Themen auf die Tagesordnung kommen und am

Ende ein Gesamtpaket verabschiedet wird. Somit hoffen die Verhandlungsführer der EU-Kommission genug Verhandlungsmasse zu haben, um nicht zu viele Zugeständnisse im landwirtschaftlichen Bereich machen zu müssen. Was die französischen Bauern von der Liberalisierung und Öffnung ihrer Märkte halten, haben sie eindrucksvoll bewiesen, als sie vor wenigen Monaten eine McDonalds-Filiale niedergebrannt haben. Die USA machen sich als Anführer der Hauptagrarexporteure – die sogenannten Cairns Länder – für eine Liberalisierung des Agrarsektors stark. Neben einer Marktöffnung in den Industrieländern fordern entwicklungspolitische Gruppen den radikalen Abbau von Exportsubventionen in den Industrieländern. So ruinierten beispielsweise die hoch subventionierten EU-Rindfleischexporte in den südlichen Ländern Afrikas die Märkte. Lokale Produzenten konnten der Konkurrenz aus der EU nichts entgegensetzen und gingen bankrott.

Die Liste der Kritik an der WTO und der von den Industrieländern und ihren multinationalen Konzernen gewünschten Agenda liesse sich noch erheblich fortsetzen. So wurde bereits in der Uruguay-Runde die Weiterverhandlung des „Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) vereinbart. Nun sollen im Rahmen der WTO-Verhandlungen die in der EU und Entwicklungsländern eher staatlich betriebenen oder geförderten Dienstleistungsbereiche wie Bildung, Gesundheit, Kultur und Altersversorgung vor allem auf Wunsch der USA liberalisiert werden. Damit erhöht sich der Privatisierungsdruck und damit die Gefahr, dass z.B. eine Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist. Auch die Verhandlung von neuen Themen wie Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen und Internationales Wettbewerbsrecht – alles Themen, die bei der EU-Kommission hoch im Kurs stehen – werden von den WTO-Kritikern aus verschiedenen Gründen abgelehnt – das MAI lässt grüssen.

Die meisten Demonstranten rechnen nicht damit, dass die WTO-Mitgliedsländer in Seattle ihre Forderung nach einem Verhandlungsstopp und einer *Repair, Review und Reform*-Runde aufgreifen werden. Aber die Organisatoren gehen davon aus, dass ihre Aktivitäten die öffentliche Wahrnehmung über den internationalen Handel und die Auswirkungen auf unser Leben nachhaltig verändern wird.

Jost Wagner

jostwagner@yahoo.de

Die Welthandelsorganisation

Die WTO wurde am 1. Januar 1995 gegründet und hat ihren Sitz in Genf. Sie ist das Ergebnis der sogenannten Uruguay-Runde, einer über sieben Jahre dauernden Verhandlungsrunde über die Weiterentwicklung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Ziel der WTO ist es, Handelshemmnisse aller Art abzubauen und Zölle zu senken. Außerdem besitzt die WTO ein Streitschlichtungsorgan um Handelskonflikte zwischen ihren Mitgliedern zu schlichten. Im Streitschlichtungsverfahren wird nicht nur festgestellt, ob eine Handelsmassnahme in Übereinstimmung mit den WTO-Bestimmungen ist oder nicht, sondern das Schiedsgericht kann auch empfindliche Sanktionen erlassen, die nur durch einen einstimmigen Beschluss aller WTO-Mitglieder aufgehoben werden können. Daraus ergibt sich für die Mitgliedsländer die Verpflichtung alle nationalen Gesetze und bilateralen Abkommen in Einklang mit den WTO-Regeln zu bringen. Derzeit sind 135 Staaten Mitglieder der WTO und weitere 30 haben Antrag auf Aufnahme gestellt, darunter die Volksrepublik China.